

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9093

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 19/8947)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9093 vom 27.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9225 des UV vom 04.12.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9362 vom 10.12.2025



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wasser-
gesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Drs. 19/8947)**

Der Landtag wolle beschließen:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. Nr. 28 wird aufgehoben.
2. Die Nrn. 29 bis 37 werden die Nrn. 28 bis 36.

Begründung:

A) Allgemeiner Teil

Die geplante Einführung eines Wasserentnahmehentgelts (sog. Wassercsent) in Bayern gründet auf der Annahme, dass die verfügbare Wassermenge aufgrund des sogenannten Klimawandels schwinden würde.

Dabei leidet Bayern nicht unter einem absoluten Wassermangel, sondern unter einem Defizit im Wassermanagement, das durch saisonale Verschiebungen der Niederschlagsmengen verstärkt wird. Die durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge in Bayern ermöglicht eine ausreichende Gesamtversorgung. Allerdings sind diese Niederschläge ungleich verteilt: Im alpinen Süden ist die durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge fast dreimal höher als in Nordbayern. Wichtiger ist jedoch die saisonale Veränderung: Aufgrund klimatischer Veränderungen haben sich die Niederschlagsmengen im Winter tendenziell erhöht, während sie im Sommer abgenommen haben. Dies führt zu temporären Engpässen in trockenen Perioden, die jedoch durch besseres Management – wie die Speicherung von Winterwasser für den Sommer – gelöst werden könnten – und das ohne eine finanzielle Belastung aller Nutzer.

Der scheinbare „Mangel“ entsteht also nicht durch absolute Knappheit, sondern durch unzureichende Speicher- und Verteilungssysteme. Statt einen Wassercsent einzuführen, sollte der Fokus auf infrastrukturellen Maßnahmen liegen, wie der Erweiterung von Speicherreservoirs oder der Optimierung von Bewässerungssystemen.

Die Einführung des Wassercsent würde private Haushalte unnötig belasten, insbesondere in einer Zeit steigender Lebenshaltungskosten. Der Gesetzentwurf schätzt, dass für eine vierköpfige Familie mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 134 Litern pro Person und Tag (entsprechend etwa 196 m³ pro Jahr) Mehrkosten von unter 20 € pro Jahr entstehen würden. Dies klingt gering, summiert sich jedoch bei steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen zu einer spürbaren Belastung. Diese Mehrkosten sind besonders problematisch für einkommensschwache Familien, Rentner oder Alleinerziehende.

Statt Abgaben könnte der Staat Förderprogramme für private Wasserspeicher (z. B. Regenwassertanks) ausbauen, wie es in anderen Bundesländern erfolgreich

praktiziert wird. Dies würde Bürger entlasten und gleichzeitig das Management verbessern.

Zumal auch Unternehmen in Bayern durch den Wassercsent erheblich belastet werden würden, was deren Wettbewerbsfähigkeit mindert. Der Gesetzentwurf schätzt eine jährliche Mehrbelastung der Wirtschaft von etwa 28,7 Mio. €. Besonders betroffen wären Sektoren wie die Mineralwasser- und Erfrischungsgetränkeindustrie, die rund 2,91 Mio. m³ Grundwasser pro Jahr entnimmt. Diese Kosten würden auf Produktpreise umgelegt werden, was wiederum den Verbraucher trifft oder aber potenziell zu Stellenabbau führen könnte.

Aus diesen Gründen sollte auf ein Wasserentnahmeeentgelt verzichtet werden. Zumal die damit einhergehende Verwaltungsbürokratie den gesamtgesellschaftlichen Nutzen weiter infrage stellt und überlastete kommunale Strukturen noch weiter an ihre Grenzen bringt.

B) Besonderer Teil

Zu Nr. 1:

Teil 7 – Gewässerbenutzungsabgaben wird aus dem Gesetzentwurf entfernt.

Zu Nr. 2:

Hierbei handelt es sich um redaktionelle Änderungen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/8947

zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9030

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Kommunen besser beim Hochwasserschutz an Freistaat-Gewässern entlasten!

(Drs. 19/8947)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9031

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Kommunen bei Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung entlasten

(Drs. 19/8947)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9032

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Gerechtigkeit beim Wassercent - Ausnahmen zurückfahren!

(Drs. 19/8947)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9033

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Wasserzähler verpflichtend einführen!
(Drs. 19/8947)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9034

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Tiefengrundwasser besonders schützen!
(Drs. 19/8947)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9038

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Grundwasserschutz im überragenden öffentlichen Interesse
(Drs. 19/8947)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9039

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Schwammlandschaften statt Entwässerung - ein neuer Umgang mit Drainagen
(Drs. 19/8947)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9040

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Tiefengrundwasser bewahren
(Drs. 19/8947)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9041

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Trinkwasser schützen, Wasserschutzgebiete erleichtern
(Drs. 19/8947)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9042

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Schnee von gestern - Ressourcen schützen statt Pisten beschneien
(Drs. 19/8947)

- 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9043

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Verpflichtung zur Regenwasserrückhaltung bei staatlichen Bauvorhaben
(Drs. 19/8947)

- 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9044

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Kein Freibrief beim Wassercsent - kostenlose Grundwasserentnahme beschränken
(Drs. 19/8947)

- 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9045

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Echte Digitalisierung statt PDF-Scans - Wasserentnahmen digital erfassen
(Drs. 19/8947)

- 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/9046

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Nutzungskonflikte vermeiden - keine neuen Kompetenzen für Wasser- und Bodenverbände auf Kosten der Wasserversorger
(Drs. 19/8947)

- 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christian Gmelch und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/9093

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Drs. 19/8947)

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9102

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Öffentliche Wasserversorgung sicherstellen - keine Zusatzprivilegien für Unternehmen schaffen!
(Drs. 19/8947)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter zu 1: **Alexander Flierl**
Berichterstatterin zu 2-6, 17: **Anna Rasehorn**
Berichterstatter zu 7-15: **Patrick Friedl**
Berichterstatter zu 16: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatter zu 1: **Patrick Friedl**
Mitberichterstatter zu 2-17: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9030, Drs. 19/9031, Drs. 19/9032, Drs. 19/9033, Drs. 19/9034, Drs. 19/9038, Drs. 19/9039, Drs. 19/9040, Drs. 19/9041, Drs. 19/9042, Drs. 19/9043, Drs. 19/9044, Drs. 19/9045, Drs. 19/9046, Drs. 19/9093 und Drs. 19/9102 in seiner 31. Sitzung am 2. Dezember 2025 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9030, 19/9031, 19/9032, 19/9033, 19/9034, 19/9038, 19/9039, 19/9040, 19/9041, 19/9042, 19/9043, 19/9044, 19/9045, 19/9046 und 19/9102 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9093 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9030, Drs. 19/9031, Drs. 19/9032, Drs. 19/9033, Drs. 19/9034, Drs. 19/9038, Drs. 19/9039, Drs. 19/9040, Drs. 19/9041, Drs. 19/9042, Drs. 19/9043, Drs. 19/9044, Drs. 19/9045, Drs. 19/9046, Drs. 19/9093 und Drs. 19/9102 in seiner 80. Sitzung am 3. Dezember 2025 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9030, 19/9031, 19/9032, 19/9033, 19/9034, 19/9038, 19/9039, 19/9040, 19/9041, 19/9042, 19/9043, 19/9044, 19/9045, 19/9046 und 19/9102 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9093 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 19/9030, Drs. 19/9031, Drs. 19/9032, Drs. 19/9033, Drs. 19/9034, Drs. 19/9038, Drs. 19/9039, Drs. 19/9040, Drs. 19/9041, Drs. 19/9042, Drs. 19/9043, Drs. 19/9044, Drs. 19/9045, Drs. 19/9046, Drs. 19/9093 und Drs. 19/9102 in seiner 36. Sitzung am 4. Dezember 2025 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen, mit der Maßgabe, dass

1. die Platzhalter in § 1 Nr. 34 in Art. 100 wie folgt befüllt werden:
 - a) in den Platzhalter von Abs. 1 Satz 1 wird der „31. Dezember 2025“ eingesetzt,

- b) in den Platzhalter von Abs. 3 Satz 1 wird der „31. Dezember 2026“ eingesetzt,
- c) in den Platzhalter von Abs. 4 wird der „31. Dezember 2025“ eingesetzt,
- d) in die Platzhalter von Abs. 5 Satz 1 und 2 wird jeweils der „31. Dezember 2025“ eingesetzt,
- e) in den Platzhalter von Abs. 6 wird der „1. Januar 2026“ eingesetzt,
- f) in den ersten Platzhalter von Abs. 7 Satz 1 wird der „1. Januar 2026“ und in den zweiten Platzhalter von Abs. 7 Satz 1 der „31. Dezember 2027“ eingesetzt,
- g) in den Platzhalter von Abs. 8 Satz 1 wird der „31. Dezember 2027“ eingesetzt

und dass

2. in den Platzhalter von § 5 Abs. 1 der „1. Januar 2026“ und in den Platzhalter von § 5 Abs. 2 Satzteil vor Nr. 1 der „31. Dezember 2025“ eingesetzt werden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 19/9030, 19/9031, 19/9032, 19/9033, 19/9034, 19/9038, 19/9039, 19/9040, 19/9041, 19/9042, 19/9043, 19/9044, 19/9045, 19/9046 und 19/9102 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

SPD: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/9093 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl

Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

1. **Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 19/9030, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Kommunen besser beim Hochwasserschutz an Freistaat-Gewässern entlasten!
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 19/9031, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Kommunen bei Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung entlasten
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 19/9032, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Gerechtigkeit beim Wassercent – Ausnahmen zurückfahren!
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9033, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Wasserzähler verpflichtend einführen!

(Drs. 19/8947)

Ablehnung

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9034, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Tiefengrundwasser besonders schützen!

(Drs. 19/8947)

Ablehnung

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9038, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Grundwasserschutz im überragenden öffentlichen Interesse

(Drs. 19/8947)

Ablehnung

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9039, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Schwammlandschaften statt Entwässerung – ein neuer Umgang mit Drainagen

(Drs. 19/8947)

Ablehnung

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9040, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Tiefengrundwasser bewahren
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9041, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Trinkwasser schützen, Wasserschutzgebiete erleichtern
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9042, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Schnee von gestern – Ressourcen schützen statt Pisten beschneien
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9043, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Verpflichtung zur Regenwasserrückhaltung bei staatlichen Bauvorhaben
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9044, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Kein Freibrief beim Wassercent – kostenlose Grundwasserentnahme beschränken
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9045, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Echte Digitalisierung statt PDF-Scans – Wasserentnahmen digital erfassen
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/9046, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
hier: Nutzungskonflikte vermeiden – keine neuen Kompetenzen für Wasser- und Bodenverbände auf Kosten der Wasserversorger
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)

Drs. 19/9093, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Drs. 19/8947)

Ablehnung

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/9102, 19/9225

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

hier: Öffentliche Wasserversorgung sicherstellen – keine Zusatzprivilegien für Unternehmen schaffen!

(Drs. 19/8947)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident